Landrat begrüßt Plan des Bundes zur Übernahme der Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen

Rund 2.100 Flüchtlinge leben derzeit in den Städten und Gemeinden des Kreises und werden dort betreut. Den zahlreichen ehrenamtlich tätigen Helfern gilt der besondere Dank von Landrat Michael Makiolla, „denn sie bringen eine echte Willkommenskultur zum Ausdruck“.

Der Landrat unterstrich, dass die Integration vor Ort stattfinden müsse. Ganz anders sehe das aber bei der Übernahme der Kosten für die Unterbringung, Versorgung und Betreuung der Flüchtlinge aus.

Flüchtlingspolitik sei eine gesamtstaatliche Bundesaufgabe, deren Finanzierung nicht den Städten und Gemeinden überlassen bleiben dürfe. Landrat Michael Makiolla begrüßt deshalb ausdrücklich, „dass Vizekanzler Sigmar Gabriel die volle Kostenübernahme durch den Bund angekündigt hat“.

Eine schnelle Entlastung durch den Bund tut im Kreis angesichts der schwierigen Haushaltslage in den Städten und Gemeinden Not, zumal in diesem Jahr noch mit weiteren rund 400 Personen gerechnet wird.

Bei einer für 2015 prognostizierten Zahl von insgesamt 2.600 Flüchtlingen belaufen sich die Personal- und Sachaufwendungen auf 17,8 Millionen Euro, davon wird das Land wohl 5,7 Millionen übernehmen. „Damit müssen die Städte und Gemeinden noch mehr als 12 Millionen Euro, also zwei Drittel der Kosten schultern. Das können sie dauerhaft einfach nicht leisten“, macht Landrat Michael Makiolla unmissverständlich klar.

Auch einen anderen Aspekt thematisiert der Landrat. „Bestimmte Flüchtlingsgruppen dürfen seit 2014 eine Arbeit aufnehmen. In Gesprächen mit der Bundesagentur für Arbeit und dem Jobcenter werde ich mich bemühen, geeignete Maßnahmen zur Aktivierung und Qualifizierung von Flüchtlingen zu konzipieren und zu finanzieren“, kündigt Landrat Michael Makiolla an, denn eins sei klar: „Es ist auf Dauer günstiger, Arbeit zu finanzieren als Arbeitslosigkeit und Nichtstun.“

In die Prognose von 2.600 Flüchtlingen im Kreis in diesem Jahr übrigens nicht eingerechnet sind die Menschen, die in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes in Unna-Massen ankommen, da sie dort nur registriert und gesundheitlich untersucht und erst dann auf Städte und Gemeinden verteilt werden.

Kürzere Anmeldefrist für den Behindertenfahrtdienst

Kreis Unna. (PK) In ihrer Bewegungsmöglichkeit eingeschränkte Menschen können im Kreisgebiet einen Behindertenfahrdienst nutzen. Ab sofort gilt eine kürzere Anmeldefrist von nur noch drei Tagen. Die neue Regelung wurde jetzt im Kreishaus vereinbart.

Landrat Michael Makiolla und Dezernent Torsten Göpfert unterzeichneten gemeinsam mit den Geschäftsführern der Arbeiterwohlfahrt, Achim Schwarz, und des Deutschen Roten Kreuz, Michael Lihl, die rückwirkend ab 1. Mai geltende neue Vereinbarung.

Der Behindertenfahrdienst gibt Menschen mit Mobilitätseinschränkungen aus dem Kreis Unna, die nicht den öffentlichen Nahverkehr in Anspruch nehmen können und auch

kein eigenes Auto besitzen, die Möglichkeit, Einkäufe selbstständig zu erledigen, Besuche zu machen oder an öffentlichen Veranstaltungen teilzunehmen. Er steht Rollstuhlfahrern sowie Inhabern eines Schwerbehindertenausweises mit dem Vermerk „aG“ (außergewöhnlich Gehbehindert) oder „H“ (hilflos) an 365 Tagen im Jahr zur Verfügung.

Wer den Service in Anspruch nehmen möchte, muss sich nicht mehr eine Woche vorher melden, sondern nur noch drei Tage. Die Preise wurden moderat angehoben: Für jeden Beförderungskilometer werden 1,70 Euro neben der Anfahrpauschale von 2,90 Euro fällig. Damit liegt der Kostenbeitrag um 10 Prozent unterhalb der Taxentarife im Kreis Unna. Gefördert wird das Angebot vom Kreis mit 115.000 Euro im Jahr. Verfahren werden jährlich rund 200.000 Kilometer.

Behinderte Menschen, die den Fahrdienst in Anspruch nehmen können und Sozialleistungen (Hartz IV, Sozialhilfe oder Asylbewerberleistungen) beziehen, müssen sich weiterhin nicht an den Kosten beteiligen. Dies gilt für 400 Beförderungskilometer jährlich.

Weitere Informationen finden sich auf der Internetseite des Kreises www.kreis-unna.de, Suchbegriff: Behindertenfahrdienst.

Auch das Bergkamener Jugendamt schickt manchmal schwierige Jugendliche ins

Ausland

Der Skandal in Gelsenkirchen um die Auslandsunterbringung von Kindern und Jugendlichen hat mächtig Wellen geschlagen. Auch das Bergkamener Jugendamt nutzt diese Form der Jugendhilfe, um äußerst schwierige Heranwachsende wieder auf den rechten Weg zu bringen, bestätigte Jugendamtsleiter Udo Harder in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am Donnerstag. Zurzeit lebt ein Jugendlicher in Spanien.

In den vergangenen Jahren habe das Jugendamt diese Form in sechs Fällen gewählt. Aktuell lebt ein Jugendlicher in einer Gastfamilie in Spanien, berichtete Harder. Auch das Bergkamener Jugendamt bediene sich hier externer Institutionen. Sie seien vom Landesjugendamt eingehend geprüft worden.

Und auch dann verfahre man nicht nach dem Motto „Wir geben die Kinder ab und haben anschließend nichts mehr damit zu tun“, betonte der Leiter des Allgemeinen Sozialen Dienstes Udo Beckmann. Mit den Dienstleistern gebe es regelmäßig Jugendhilfeplangespräche, in denen über die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen und über die Art und Weise der Hilfen gesprochen werde.

Die Bergkamener Kindern werden in Familien untergebracht. Vor Ort betreuen sie Sozialpädagogen und erhalten durch einen Lehrer Unterricht. Zwei Mal im Jahr erhalten sie in der Regel Besuch von ihren Eltern. Einmal im Jahr informiert sich ein Mitarbeiter vor Ort über die Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen.

Im Bereich der Jugendhilfe sind solche Auslandsaufenthalte oft die letzte Chance, auf Kinder und Jugendliche positiv einzuwirken, indem durch die Entfernung die Kontakte zum bestehenden Lebensumfeld, den Freunden und manchmal auch zu den Familien unterbunden werden. Wie Udo Harde betonte, seien

sie nur unwesentlich teurer als die Unterbringung in einem Heim in Deutschland.

Bürgerinitiative und CDU fordern den Bau der Ortsumgehung L 821n

Der Bergkamener Stadtrat wird sich in seiner nächsten Sitzung wieder mit dem Thema „Ortsumgehung L 821n“ beschäftigen müssen. Die CDU will es so und hat den Entwurf für eine Resolution vorgelegt. Ziel sei es, das Land zu bewegen, den Bau der L 821n wieder „wieder mit höchster Priorität zu verfolgen“.

Eine Grundlage dazu habe das Oberverwaltungsgericht Münster bereits am 30. Januar 2015 geschaffen, indem es die Klagen Bergkamener Bürger gegen den Planfeststellungsbeschluss verworfen hatte. „Der Planfeststellungsbeschluss ist nun rechtskräftig“, betont CDU-Fraktionsvorsitzender Thomas Heinzel. Immerhin seien bereits 500.000 Euro allein in die Planung investiert worden.

Mit Blick auf das damals noch ausstehende Gerichtsurteil hatte das Land im vergangenen Jahr die L 821n aus der Prioritätenlisten herausgenommen. Dass die Kosten für den Neubau dann nicht mehr auf der Ausgabenseite beim stets klammen Land auftauchten, mag dann sicherlich auch eine Rolle gespielt haben.

Seit 40 Jahren wird an der L821n geplant und über sie diskutiert. Neuen Schwung erhält jetzt die Debatte, weil sich in Weddinghofen die neue Bürgerinitiative „Auf der

Mittelhorst“ formiert hat. „Mittelhorst“ nennt sich die kleine Siedlung, die vor Jahren zwischen der Kampstraße und dem Häupenweg gebaut wurde. Damals sei den Siedlern von der Stadt in Aussicht gestellt worden, dass die L 821n gebaut werden und so ein ruhiges Wohnen möglich wäre, erinnert sich der CDU-Stadtverordnete Gerd Miller. Danach hätten aber die Lärmbelästigungen durch den Durchgangsverkehr, und hier insbesondere durch die Lkw, die jetzt die Betriebe auf dem ehemaligen Monopol-Gelände ansteuern, erheblich zugenommen. Schilder mit der Aufschrift „L 821n jetzt“ stehen deshalb seit einigen Tagen an der Kampstraße.

Annette Adams neue Geschäftsführerin der CDU-Stadtratsfraktion

Annette Adams ist die neue Geschäftsführerin der Bergkamener CDU-Fraktion. Fraktionschef Thomas Heinzel stellte die 54-jährige CDU-Politikerin aus Rünthe erstmals in dieser Funktion der Öffentlichkeit vor.

Bei einem besseren Ergebnis bei der jüngsten Kommunalwahl wäre sie sogar wie ihre Vorgängerin Rosemarie Degenhardt Mitglied des Bergkamener Stadtrat geworden. So gehört sie als sachkundige Bürgerin dem Stadtentwicklungsausschuss als stimmberechtigtes Mitglied an und dem Ausschuss für Umwelt, Bauen und Verkehrs als stellvertretendes Mitglied.

Fraktionsgeschäftsführerin Annette Adams mit Fraktionschef Thomas Heinzel.

In der CDU ist Annette Adams neben Thomas Heinzel stellvertretende Stadtverbandsvorsitzende. Sie gehört dem Kreisvorstand der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT). Im MIT-Bereich Bergkamen-Kamen-Bönen ist sie 1. Vorsitzende.

Nach der Übernahme der Funktion der Fraktionsgeschäftsführerin wird sie ihre bisherige hauptberuflich-selbstständige Tätigkeit als Buchhalterin und Lohnbuchhalterin nur noch als Nebentätigkeit fortführen.

CDU erneuert ihre Forderung: Restliche Fußgängerzone für Autos öffnen

Eigentlich könnte die CDU-Fraktion die Pläne der Verwaltung für die weitere Entwicklung des Nordbergs als Stadtteilzentrum für Bergkamen-Mitte unterschreiben, wenn da nicht etwas fehlen würde: die Öffnung des nördlichen Teils der Präsidentenstraße zwischen der Hochstraße und Leibnizstraße.

Wie kann der Nordberg belebt werden? Diese Frage wird wohl ein Dauerthema bleiben.

Ihr Antrag für die Öffnung der Fußgängerzone für den Pkw-Verkehrs sei der Anlass gewesen, erneut die Diskussion über den Nordberg zu eröffnen, erklärte am Donnerstag Fraktionschef Thomas Heinzel zum Ergebnis der vorausgegangenen fraktionsinternen Beratungen. Die Christdemokraten seien immer noch davon überzeugt, dass dies der richtige Weg sei, die Präsidentenstraße überhaupt zu einem funktionierenden Nebenzentrum zu machen. In den Nebenzentren Weddinghofen, Oberaden und Rünthe sei es schließlich auch möglich, mit dem Auto bis vor die Geschäfte zu Fahren.

Beifall von Seiten der CDU gibt es in jedem Fall, weil sich

die Verwaltung von dem Gedanken verabschiedet habe, das Bergkamener Stadtzentrum bestehe aus zwei Polen: dem Rathausviertel und dem Nordberg. Ob denn nun das Rathausviertel Zentrumsqualität bekommt, bleibt laut Heinzel abzuwarten. Vieles hängt wohl von der BergGalerie ab.

Letztlich stellt sich auch für ihn die Frage: „Braucht Bergkamen ein Stadtzentrum?“ – also einen urbanen Bereich, den die Bürger aufsuchen, um sich dort mit Freunden und Bekannten auch außerhalb der Ladenöffnungszeiten zu treffen. „Wer solch ein Stadtzentrum braucht, kann ja auch die Stadtzentren der Nachbarstädte besuchen“, so Heinzel.

Cappenberg bleibt Ausstellungsort – Eigentümer muss jetzt selbst für die Instandsetzung sorgen

Schloss Cappenberg soll Ausstellungsort bleiben. Da der bestehende Vertrag aber Ende des Jahres ausläuft, sprach sich der Ausschuss für Bildung und Kultur in einem Empfehlungsbeschluss an den Kreistag für den Abschluss eines neuen Vertrages unter grundlegend neuen Bedingungen aus.

Schloss Cappenberg Foto: Kreis Unna

Basis soll das in den letzten Monaten in Gesprächen zwischen dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) als Hauptmieter, dem Eigentümer – Graf von Kanitz – und dem Kreis Unna als

Untermieter des LWL sein. Die Verträge sollen für 20 Jahre abgeschlossen werden. Das von beiden Mietparteien zu zahlende Entgelt beträgt jährlich jeweils 100.000 Euro zuzüglich Nebenkosten von jeweils 30.000 Euro. Für die Unterhaltung bzw. Instandhaltung wird – anders als noch im auslaufenden Vertrag geregelt – der Eigentümer verantwortlich zeichnen.

Der Kreis zeigt seit 1985 im Südflügel des Schlosses überregional beachtete Kunstausstellungen. Der Landschaftsverband betreibt bislang im Westflügel eine Dauerausstellung zum Leben und Wirken des Freiherrn vom und zum Stein.

Ab 2016 soll von beiden Mietparteien ausschließlich der Mitteltrakt des Schlosses (Südflügel) genutzt und damit die Gesamtfläche von derzeit rund 2.400 Quadratmetern auf 1.500 bis 1.700 Quadratmeter reduziert werden. Der Kreis wird etwa 300 Quadratmeter Ausstellungsfläche im Erdgeschoss zur Verfügung haben (derzeit 600 Quadratmeter). Dazu kommen Nebenflächen.

Nach derzeitigem Stand sollen die Räumlichkeiten im Schloss Cappenberg ab Oktober 2015 bis Anfang 2017 renoviert und vom Eigentümer behindertengerecht umgebaut werden. Vorgesehen ist u. a. der Einbau eines Fahrstuhls zur barrierefreien Erschließung der Ausstellungsräumlichkeiten. Außerdem müssen Brandschutzanforderungen berücksichtigt werden.

---

6. Hochschultag in Kamener Stadthalle: Anmeldungen für

Workshops möglich

Schule bald fertig und unsicher, was und wo studiert werden könnte. Dann lohnt es sich, zum Hochschultag des Kreises Unna zu kommen. Er findet am 24. Juni wie gewohnt in der Stadthalle Kamen statt. Dort stellen sich knapp 20 Hochschulen vor und bieten rund 40 Workshops an.

Landrat Makiolla und die Organisatorinnen Sabine Leiße (M.) und Martina Bier rechnen auch beim sechsten Hochschultag mit großem Andrang. Foto: B. Kalle – Kreis Unna

Informationen zu den Hochschulen, ihren Workshops und den anderen Akteuren und Angeboten gibt es im Internet unter www.kreis-unna.de/hochschultag. Dort sind ab sofort die für den Besuch der Workshops notwendigen Anmeldungen möglich. Aktuelle Informationen, z.B. über freie Plätze in den Workshops, gibt es natürlich wieder über facebook.com/kreisunna.

Der Hochschultag Kreis Unna findet bereits zum sechsten Mal statt, denn Landrat Michael Makiolla weiß längst, dass der Kreis im Wettbewerb der Regionen nur dann wettbewerbsfähig bleiben wird, wenn er die jungen Menschen fördert und beruflich fit macht.

„Mit dem Hochschultag machen wir ein niederschwelliges Angebot für Jugendliche der Klassen zehn bis 13. Hier können sie ohne Berührungsängste das ihren Fähigkeiten und Neigungen am besten entsprechende Studium herausfiltern und sich auf die Hochschultage an den Hochschulen in ihrer Umgebung vorbereiten“, unterstreicht Sabine Leiße. Sie ist als Leiterin der Stabsstelle Planung und Mobilität beim Kreis Unna federführend bei der Organisation auch des sechsten Hochschultages.

Mit dabei sein werden nach derzeitigem Stand die Fachhochschule Dortmund, die Technische Universität Dortmund, die Westfälische Wilhelms-Universität Münster, die Fachhochschule Münster, der Hochschulcampus Unna, die Fernuniversität Hagen, die Fachhochschule Südwestfalen, die Ruhrakademie Schwerte, die Hochschule Hamm-Lippstadt, die FOM Hochschule, die ISM International School of Management, die Technische Fachhochschule Georg Agricola, Hochschule Düsseldorf, die Internationale Berufsakademie iba Bochum, BCW Weiterbildung Essen, die Hochschule für Gesundheit hsg Bochum und die Katholische Hochschule Nordrhein-Westfalen sowie weitere Institutionen wie z. B. das Evangelische Studienwerk Haus Villigst und wam – Die Medienakademie.

Das Informationsangebot beim sechsten Hochschultag reicht von Architektur und Informatik über BWL und Recht bis hin zu Informationstechnik, Maschinenbau und Psychologie. Außerdem bekommen die Jugendlichen Hilfestellung rund um die Studienwahl bis hin zum Studieren mit Bafög. Informationen gibt es natürlich auch zum dualen Studium, wobei ein Augenmerk auf die Besonderheiten und Möglichkeiten hier in der Region Kreis Unna gelegt wird.

Im Rathaus steht’s nun fest: Nordberg auch künftig ein Nahversorgungszentrum für Bergkamen-Mitte

Im Rathaus wird nun wohl endgültig von der Vorstellung Abschied genommen, der Nordberg könne einmal integraler

Bestandteil einer Bergkamener Stadtmitte sein. Stattdessen soll die Präsidentenstraße als Stadtteilversorgungszentrum gestärkt werden. Große Investitionen von Seiten der Stadt sind nicht zu erwarten. Allenfalls soll die kleinteilige Pflasterung durch einen Untergrund ersetzt werden, die auch Bürger mit Rollatoren das Fortkommen nicht unnötig schwer macht.

Nordberg-Fußgängerzone

So lautet auf einen groben Nenner gebracht die Quintessenz der Befragung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gewerbetreibenden durch die Verwaltung. Das der Nordberg nicht mehr sein kann als ein Nahversorgungszentrum macht die Verwaltung aber auch an objektiven Fakten fest. So seien die vorhandenen Ladenlokale für namhafte Filialisten, wie sie in den Zentren der Nachbarstädte zu finden sind, einfach zu klein, heißt es in einer Vorlage für die nächste Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 12. Mai.

Kritik gibt es gegenüber den Kaufleuten und Eigentümern. Nur wenige hätten sich an der Befragung beteiligt und noch weniger zeigten eine Bereitschaft zu eigenen Investitionen. Ob die was nützen, ist allerdings fraglich. „Die bisherigen Investitionen der Stadt Bergkamen bzw. ihrer privatwirtschaftlichen Partner (Nordbergcenter) in Millionenhöhe haben die strukturellen Probleme des Nordbergs nicht lösen können“, lautet das ernüchternde Fazit.

An der aktuellen Verkehrsführung will die Stadt nichts ändern. Vorgesehen sind andere Maßnahmen zur Stärkung des Nebenzentrums:

- „Optimierung städtischer Nutzungsstrukturen zur Stärkung des Nordbergs (aktuelles

Beispiel: Nutzungskonzept Pestalozzi-Haus)

- Z. B. Austausch von rauen Oberflächen (Pflaster) durch rollatorgeeignete Beläge
- Optimierung der Bushaltestellen
- Überprüfung und ggf. Optimierung der Möblierung (Bänke, Spielgeräte, Beleuchtung)
- Gezielte Ansprache der wenigen Eigentümer / Geschäftsleute, die in der Fragebogenaktion Investitionsbereitschaft signalisiert haben (z. B. Beratung zu möglichst schnellen Genehmigungsverfahren)
- Gezielte Ansprache der Leerstandseigentümer durch Wirtschaftsförderung/Stadtmarketing

Positiv werden die Bürger andere Maßnahmen aufnehmen, die die Stadt auf dem Plan hat. So will sie unbedingt verhindern, dass weitere Vergnügungsstätten und Spielhallen sich ansiedeln können. Verstärkt sollen aber auch Verkehrsverstöße oder Ruhestörungen geahndet werden.

Umweltministerin Hendricks verteidigt beim 1. Mai in Bergkamen Gabriels

Kraftwerkspläne

Bergkamen ist längst keine Stadt mit einem aktiven Bergbau. Trotzdem wurde die Sorge um Arbeitsplätze beim 1. Mai in Oberaden wieder laut. So stand es auf einem großen Transparent, das IG BCE-Mitglieder im Demonstrationszug vom Museumsplatz zur Römerberg-Sporthalle mitführten. So sprach es aber auch der Vorsitzende des IG BCE-Regionalforum Mario Unger in seiner Begrüßungsrede sehr deutlich an: Die von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel geforderte Abgabe für alte Kohlekraftwerke mit hohem Schadstoffausstoß gefährde Arbeitsplätze – nicht nur im Braunkohletagebau, sondern auch in den Kraftwerken.

Umweltministerin Hendricks verteidigt bei 1. Mai in Bergkamen Gabriels Kraftwerkspläne

Mit Spannung warteten die Kundgebungsteilnehmer in der gut gefüllten Römerberg-Sporthalle auf die Antwort der Hauptrednerin Bundesumweltministerin Barbara Hendricks. Bis 2050 müsse der CO2-Ausstoß in der EU um bis zu 95 Prozent reduziert werden. Das ginge nur, wenn bis dahin die fossilen Energieträge wie die Kohle durch regenerative Energien ersetzt würden. Deshalb hält sie die von Gabriel propagierte Abgabe für sinnvoll. Sie geht aber auch, dass es hier zu einem Kompromiss kommen werde.

Barbara Hendrix

In jedem Fall dürfe es nicht zu einem Strukturbruch kommen, sondern zu einem Gleitflug wie bei der Steinkohle, damit dieser Prozess sozialverträglich erfolgen können. Dieser Strukturwandel biete nach Überzeugung der Ministerin auch große Chancen. So habe die deutsche Volkswirtschaft 2013 im Bereich Umwelttechnik und Energieeffizienz 350 Milliarden Euro erwirtschaftet. Sie rechnet mit einer Verdopplung in den nächsten Jahren.

Einig waren sich Unger und Hendricks in vielen anderen Fragen. Dazu gehört, dass bei dem in diesem Jahr gesetzlich abgesicherten Mindestlohn keine Abstriche gemacht werden dürften. Entgegen der laut vorgetragenen Befürchtung vieler Unternehmen habe er zu keinem Abbau von Arbeitsplätzen geführt, sondern zu einer Stärkung der Binnennachfrage. Dies habe die deutsche Wirtschaft letztlich gestärkten.

Barbara Hendricks kündigte weitere Regulierungen im Arbeitsmarkt an, die die Leiharbeit und die Werksverträge betreffen. Hier forderte sie die Gewerkschaften und die Bürger auf, die SPD-Pläne zu unterstützen.

Vor der Römerberg-Sporthalle verteilte BergAUF eine Zeitung. In einem Beitrag wurde die Bundesumweltministerin aufgefordert, zum Thema Fracking Stellung zu beziehen. In ihrer Mai-Rede in Bergkamen verlor sie dazu allerdings kein Wort.

Mario Unger (l.) und Willi Null überreichen der Ministerin einen Blumenstrauß und ein Barbara-Figur aus Kohle.

Von Bürgermeister Roland Schäfer bekam Barbara Hendricks am Freitag ein dickes Dankeschön. Sie ist als Ministerin nicht nur für Umwelt oder Reaktorsicherung zuständig, sondern auch für den Bereich Bau. Seit ihrem Amtsantritt seien unter anderem die vorher gekürzten Mittel für die Städtebauförderung erheblich aufgestockt worden, lobte Schäfer. Das sei nicht nur gut für die Städte wie Bergkamen, sondern auch für die Bauwirtschaft. Dadurch würden in der Region viele Arbeitsplätze gesichert oder geschaffen.

Zum Schluss gab es von der Bergkapelle Monopol ein „Happy Birthday“ nachträglich, weil Barbara Hendricks am 29. April

Geburtstag feierte. Dazu von Mario Unger und dem Oberadener IG BCE-Vorsitzenden Willi Null einen Blumenstrauß und aus Kohle eine Figur der der Heiligen Barbara.

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks spricht beim 1. Mai in Bergkamen

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) ist prominenter Gast der Bergkamener Kundgebung zum 1. Mai am kommenden Freitag in der Römerberg-Sporthalle. Die Kundgebung beginnt dort um 11 Uhr.

Barbara Hendricks (Foto: BMUB/Harald Franzen).

Traditionsgemäß treffen sich die Kundgebungsteilnehmer ab 10.15 Uhr auf dem Museumsplatz in Oberaden zu einem Platzkonzert. Dort sich sich gegen 10.40 Uhr der Demonstrationszug zur Römerberg-Sporthalle in Bewegung. Dann werden auch die Essensmarken für die DRK-Erbsensuppe ausgegeben.

Vor der Römerberg-Sporthalle stehen wieder diverse Info-

Stände, ein Kinderkarussell und ein Kinderflohmarkt. Dazu gibt es ein vielfältiges Angebot an Getränken und Speisen.